

Der mit der Umzonierung verbundene Eingriff in Natur und Landschaft wurde in einem naturschutzrechtlichen Verfahren geprüft. Die Regierung hat sich eingehend mit dem Fall beschäftigt und schliesslich einen Entscheid zugunsten von Natur und Landschaft gefällt. Sie lehnte den Eingriff ab mit der Begründung, dass eine Standortgebundenheit nicht gegeben sei.

Widersprüchliche Signale aus dem Ressort Verkehr

Viel zu viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fahren allein im Auto zu ihren Arbeitsplätzen in Liechtenstein. Sie verursachen Staus und Luftverschmutzung nicht nur bei uns, sondern auch in den Nachbarländern. Dass der Schienenverkehr in der Region ausgebaut werden soll, scheint nun Konsens zu sein. Eine effiziente S-Bahn zwischen Feldkirch, Sargans und Buchs soll schon in wenigen Jahren realisiert werden. Man könnte meinen, endlich ein Signal, dass beim Arbeitsverkehr konsequent auf den öffentlichen Verkehr gesetzt wird.

In Vorarlberg wird emsig an neuen Varianten für den Letzetunnel geplant. Welcher Tunnel auch immer gebaut wird: Die Verkehrszunahme bei der Grenze Schaanwald wird bei über 40 Prozent liegen. Eine Lösung, die voll und ganz auf den öffentlichen Verkehr und flankierende Massnahmen setzt, soll nun doch noch geprüft werden — dank Intervention von Nichtregierungsorganisationen aus Vorarlberg und Liechtenstein. Derweil äussert sich das offizielle Liechtenstein freundnachbarschaftlich zurückhaltend. Weder vom Ressort Verkehr noch von den hauptsächlich betroffenen Gemeinden Mauren und Eschen wurde substantielle Kritik angebracht. Für den grenzüberschreitenden Verkehr braucht es gemeinsame und vor allem nachhaltige Konzepte. Dieser Meinung ist auch der Gemeinderat Sevelen. Ein privater Investor wollte dort eine Park & Ride-Anlage bauen. LGU und VCL fordern statt Parkhäusern und Umfahrungenstrassen einen forcierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs im überregionalen Kontext. Wenn nur die letzten paar Meter im Bus zurückgelegt werden, bringt dies für Klima, Luft und Lärm wenig. Es braucht bequeme, schnelle und günstige Angebote im öffentlichen Verkehr für den ganzen Arbeitsweg. Auch die Unternehmen können heute schon zum Umsteigen bewegen, mit

konsequenter kostendeckender Bewirtschaftung der firmeneigenen Parkplätze.

Protest am Ministertreffen der EFTA-Länder

«Kein Welthandel nur zum Vorteil der Reichen» — 150 Nichtregierungsorganisationen haben dies beim Treffen der Handelsminister der EFTA-Länder im Juni in Vaduz gefordert. Die globale Allianz, darunter die LGU und drei weitere Organisationen aus Liechtenstein, protestierte in einer Briefaktion gegen geplante bilaterale Freihandelsabkommen. Die EFTA-Länder wollen bilaterale Freihandelsabkommen mit «ökonomisch attraktiven» Entwicklungs- und Schwellenländern wie Indien, Indonesien, Kolumbien und Peru abschliessen. Nach der Erfahrung bisheriger EFTA-Abkommen mit Entwicklungsländern werden auch die aktuellen Verträge wieder weit über die WTO-Abkommen hinausreichen. Das bedeutet, dass die Entwicklungsländer zu noch rigoroseren Marktöffnungen sowie zum Abbau von Schutzregelungen und Zöllen angehalten werden. Sie müssen sich zudem verpflichten, einen starken Patentschutz einzuführen. Wir befürchten, dass die Handlungsspielräume der Schwellen- und Entwicklungsländer, mit denen die EFTA Abkommen abschliesst, eingeschränkt werden und eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen erschwert wird.

Information:

www.evb.ch

Erklärung von Bern

